

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllringhaus, Berlin
Fernsprecher: Mint Obachoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copiedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung spätestens 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 1. Dezember 1928

Das grosse Durcheinander.

Die Weltrevolutionäre im Zerfleischung

Int. Institut
Soc. Geschlechts
Amsterdam

SPD. In Moskau ist ein neuer Machtkampf der Epigonen Lenins im Gange. Nach der Vernichtung der Trotzlisten, die ihrer physischen Ausrottung entgegensehen, kämpft Stalin gegen Rykow, Bucharin und die Rechtsopposition. Da der Kampf noch nicht mit Dokumenten gegeneinander und noch nicht mit der trockenen Guillotine geführt wird, erkennt man nur die handelnden Personen, aber noch nicht, worum dieser Kampf in Wirklichkeit geht. Die Differenzen über das Tempo der Industrialisierung und die Behandlung der Bauernbevölkerung sind nur ein Teil der wirklichen Gründe dieses Kampfes. Er wird geführt um die Macht, um die ganze Macht. Die Diktatur drängt nach dem Diktator, ein Ausleseprozess vollzieht sich unter den Epigonen Lenins, bei dem schliesslich der Stärkste und Brutalste triumphieren wird.

Die Gegner betasten seit Wochen ihre Stellung. Rykow und Bucharin hatten geglaubt, im Falle Thälmann eine entscheidende Schwäche der Stalinschen Stellung gefunden zu haben. Ihre heftige Opposition wegen dieses Falles scheint jedoch wieder abgebaut worden zu sein. Inzwischen beschäftigen sich die Handlanger Stalins damit, die kleinen Führer der Opposition allmählich aus dem Apparat zu verdrängen.

Jede der russischen Fraktionen hat wieder ihre Filialen in den Parteien der kommunistischen Internationale. Diese Parteien haben längst aufgehört, wirksame Hilfstruppen für die gesamtrossische Politik zu sein, sie sind dafür zu Hilfstruppen in den russischen Fraktionskämpfen geworden. Während die Diktatoren in Moskau auf Tod und Leben um die ganze Macht ringen, beschäftigen sich die Fraktionchen in den Sektionen der kommunistischen Internationale mit den Scheingefechten um Thesen, Perspektiven und Tendenzen. Ein breiter theoretischer Brei wird dort zu den Machtkämpfen gekocht.

Die deutsche Kommunistische Partei spiegelt die Zerrissenheit der russischen Kommunistischen Partei wieder. Die Fraktionen und Fraktionchen sind kaum noch zu überblicken. Da sind die Versöhnler, die rechten und die linken Zentristen, die Halbrechten und die Ganzrechten, die Ultralinken und die Ultrarechten. Jede dieser Bezeichnungen ist im Grunde genommen nur die Firma, unter der Weisungen von der entsprechenden russischen Fraktion entgegengenommen werden. Und nicht nur Weisungen, sondern auch Gelder zur Durchführung des Fraktionskampfes innerhalb der KPD!

Die Kommunistische Partei ist keine geschlossene Partei mehr, sie gleicht vielmehr einem Mäusenest, in dem alles durcheinanderläuft. Die ganz Linken besitzen zwei Organe: den "Volkswille" und die "Fahne des Kommunismus". In Offenbach a.M. erscheint als Organ der Stadtverordnetenfraktion, herausgegeben von dem ausgeschlossenen Galm, das "Volksrecht". In Breslau geben Thalheimer, Brandler und Hausen unter dem Namen "Gegen den Strom" ein eigenes Organ heraus. Diese Gruppe will von Breslau aus eine grosse Fraktion, unter Umständen eine neue Kommunistische Partei über das ganze Reich aufziehen. Sie entspricht der russi-

sehen Fraktion Rykow-Bucharin. Diese beiden sind trotz Stalin in Russland immer noch sehr mächtige Leute. Sie sind durchaus in der Lage, die Mittel für organisatorische Pläne der Gruppe Thalheimer, Brandler, Hausen zur Verfügung zu stellen. Die Stärke dieser Gruppe geht daraus hervor, dass die Zentrale der deutschen Kommunistischen Partei den bereits vollzogenen Ausschluss von Brandler zurücknehmen müssen, da die Zentrale der russischen Kommunistischen Partei den Ausschluss Brandlers ausdrücklich abgelehnt hat.

Jede Fraktion kämpft gegen alle anderen. Ein hasserfüllter Kampf mit allen Mitteln tobt sich in den Reihen der Kommunisten aus. Die Zentrale-Kommunisten, die den Organisationsapparat in der Hand haben, gebrauchen ihn in der rücksichtslosesten Weise. Die Dokumente dieses Kampfes, die in der letzten Zeit veröffentlicht worden sind, zeigen die Skrupellosigkeit dieser Methoden: Lüge, Lockspitzeleien, Gewalttätigkeiten sind an der Tagesordnung. Die gegen die Zentrale kämpfenden Fraktionen suchen Kanäle in die Öffentlichkeit, um die Zentrale-Methoden vor einer möglichst breiten Öffentlichkeit anzuprangern. Die seltsamsten Mittel werden gegeneinander gebraucht, man denke nur daran, wie in Thüringen der sogenannte Pfaff-Brief in die Hände des sozialdemokratischen Landtagspräsidenten gespielt wurde!

Und die Politik der Kommunistischen Partei? Selbstverständlich wird auch Politik gemacht! Täglich wird die Sozialdemokratische Partei, und mit ihr die Leitung der freien Gewerkschaften, von oben bis unten mit Schmutz beworfen. Die Richtlinien für die kommunistische Politik sind sehr einfach, ihr oberster Lehrsatz heisst: Du mußt immer das Gegenteil von dem tun, was die Sozialdemokraten tun. Deswegen haben sie auch im Reichstag gegen die Unterstützung der Ausgesperrten an der Ruhr gestimmt.

Eine Partei? Nein, das ist keine Partei mehr, das ist nur noch ein Rattenkönig von hasserfüllt miteinanderkämpfenden Kliquen, die längst jede wirklich politische Richtung verloren haben!

SPD. Belgrad, 1. Dezbr. (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend kam es in Zagreb zu blutigen Zusammenstößen, als Jugendbündler die Staatsfahne auf der Kathedrale durch eine Trauerfahne ersetzen wollten. Die Polizei schritt sofort ein, worauf die Jugendlichen mehrere Revolverschüsse abgaben. Zwei Polizeibeamte und zwei Privatpersonen wurden schwer verwundet. Nach der Verhaftung mehrerer Jugendbündler könnte die Ordnung bald wiederhergestellt werden.

SPD. Paris, 1. Dez. (Eig. Drahtb.)

Wieder einmal ist durch das milde Urteil der Pariser Geschworenen gegen den Mörder des italienischen Vizekonsuls ein italienisch-französischer Zwischenfall geschaffen. Die faschistische Presse tobt, Studenten sammeln sich in Rom und Bologna vor den französischen Gesandtschafts- oder Konsulatsgebäuden an, brüllen: Nieder mit Frankreich!, und ein alter Oberst schickt sogar an den Präsidenten Doumergue seine Kriegsdekorationen zurück. Die gesamte französische Rechtspresse reagiert hierauf ebenfalls wie gewöhnlich! mit beschämten Entschuldigungen.

Der italienische Zorn genügt, um ihren sogenannten "gesunden Menschenverstand" zu mobilisieren, der sich jedoch keineswegs gegen die italienischen Beschimpfungen, sondern gegen die Pariser Geschworenen richtet, die ein "verrücktes Urteil" gefällt haben, von Kommunisten bestochen, einem auf sie ausgeübten Drucke erlegen sein sollen usw. Kaum, dass sich hier und da die höfliche Bitte an die italienische Adresse findet, doch nicht die französische Regierung und das französische Volk für Fehlgriffe der französischen Rechtsprechung verantwortlich zu machen. Der "Intransigeant" fordert eine genaue Untersuchung der bei der Urteilsbildung unterlaufenen Unregelmässigkeiten. Ja, sogar die französische Regierung selbst scheint dem Drucke der französischen Presse nunmehr etwas nachgeben zu wollen.

Der Ministerrat befasste sich am Sonnabend mit dem Urteil und kam zu dem Beschluss, künftig, wie sich das Communiqué ausdrückt, verschärfte Massnahmen zur Überwachung unliebsamer Ausländer zu ergreifen. Der "Temps" widmet am Sonnabend seinen ganzen Leitartikel dem neuen Zwischenfall. Das Blatt gibt bei allem Bedauern, das es auch über das Urteil äussern zu müssen glaubt, der faschistischen Presse immerhin zu bedenken, dass unmöglich von Frankreich eine Unternehmung gegen die Antifaschisten gefordert werden könne und verbittet sich energisch alle Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten der französischen Demokratie. Man dürfe annehmen, schliesst das Blatt, dass die guten Beziehungen beider Länder unter derartigen Zwischenfällen nicht zu leiden haben.

SPD. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurde am Sonnabend bei der Beratung der Vorlage über Anderungen der Unfallversicherung ein Antrag angenommen, wonach auch schon Verletzte, deren Erwerbsunfähigkeit die dreizehnte Woche nicht überdauert, für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit Krankengeld aus der Unfallversicherung beziehen sollen, wenn und solange sie Krankengeld aus der Krankenversicherung nicht beanspruchen können.

Ausserdem wurde eine Resolution angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Neuregelung der Leistungen der Unfallversicherung aufgrund der gegenwärtigen Lohnverhältnisse vorsieht. - Die erste Lesung der Vorlage war damit beendet.

SPD. Genf, 1. Dez. (Eig. Drahtb.)

Das Völkerbundssekretariat hat inzwischen zur 53. Ratstagung nach Lugano eingeladen. In der Mitteilung heisst es, dass die Verlegung von Stresemann unter Hinweis auf seine Gesundheit und seinen Wunsch, trotzdem persönlich teilzunehmen, angeregt wurde. Die übrigen Ratsmitglieder hatten sich auf Anfragen des amtierenden Ratspräsidenten, des Finnländers Procöpe, mit der Verlegung einverstanden erklärt.

Die Sitzungen des Rats werden im Kursaal stattfinden. Stresemann und die deutsche Delegation werden im Grand Hotel-Palace wohnen.

SPD. Sofia, 1. Dez. (Eig. Drahtb.)

Im Verlauf der inzwischen abgeschlossenen Sobranje-Debatte über die Antwort auf die Thronrede wurde von der Opposition wiederholt Auskunft über die Stellungnahme der Regierung zu den tätlichen Angriffen polizeilicher Organe auf unbescholtene Bürger während der Gemeindewahlen verlangt. Aber weder der Ministerpräsident noch irgend ein anderer Minister hat es für notwendig gehalten, auf die Anfragen zu antworten. Die Bauernpartei hat daraufhin beschlossen, als stärkste oppositionelle Fraktion in Zukunft in der Sobranje schärfste Obstruktion zu üben und das Parlament zu verlassen, falls der Ministerpräsident nicht am kommenden Dienstag auf ihre Anfrage über die Misshandlung der Bauernabgeordneten Zepkow und Petkow durch Polizeiorgane antwortet und schärfste Bestrafung zusichert.

SPD. Riga, 1. Dez. (Eig. Bericht)

Anlässlich der zehnjährigen Unabhängigkeitsfeier Lettlands wurde - wie sich erst jetzt herausgestellt hat - der höchste lettische Militärorden, der Barentorden, zum Befremden weiter Kreise Lettlands, auch Mussolini verliehen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Zelms erklärte daraufhin seinen Austritt aus dem Rate dieses Ordens. Er begründete seinen Austritt damit, dass der Orden seinerzeit für diejenigen gestiftet worden sei, die Freiheit und Demokratie für Lettland erkämpften. An dem Tag, an dem er dem grössten Feinde der Demokratie verliehen worden sei, wäre der Sinn dieses Freiheitsordens verloren gegangen.

Der Schritt des Abgeordneten Zelms wurde von den gesamten Linken mit grosser Genugtuung begrüsst.

SPD. Amtlich wird gegenüber Erörterungen, die an die Tätigkeit der von der Reichs- und preussischen Staatsregierung im Zusammenhang mit den Angriffen gegen die Unterstützungsaktion in das Ruhrgebiet entsandten Kommission, geknüpft wurden, folgendes mitgeteilt:

"Die in Essen unter Vorsitz des Preussischen Wohlfahrtsminister Dr. Hirt-siefer aufgestellten Richtlinien sind unter Beteiligung von Vertretern des Reichsinnen-, des Reichsarbeits-, des Reichsfinanzministers und des Preussischen Innen- und Finanzministers aufgestellt worden, ohne dass von diesen gegen ihren Inhalt Bedenken erhoben worden sind. Die in der Presse mitgeteilten Einzelfälle von Überschreitungen des früheren Lohnes sind derart, dass jeder Sachkenner sie als Ausnahmefälle erkennen muss; denn die Überschreitung ist dadurch bedingt, dass die Unterstützungsempfänger neben den öffentlichen Unterstützungen und etwaigen der Gewerkschaften noch öffentlich-rechtliche Rentenbezüge auf Grund von Kriegsbeschädigung, Unfällen oder sonstiger Erwerbsbeschränkung haben. Solche Fälle können naturgemäss nur vereinzelt vorkommen. Abgesehen hiervon kann die Summe der Bezüge den Lohn überhaupt nur bei den Organisierten überschreiten, aber auch unter diesen ist nach der Höhe der öffentlichen Unterstützungen und der der Gewerkschaften eine Überschreitung überhaupt nur möglich, wenn der Ausgesperrte verheiratet ist und mindestens zwei Kinder hat und verhältnismässig gering entlohnt war. Da die Organisierten nur die Minderheit der Ausgesperrten bilden und von ihnen hiernach auch nur ein verhältnismässig geringer Bruchteil für eine Überschreitung des Lohnes in Frage kommen kann, entbehren Angaben, nach denen 25 - 30 % aller Ausgesperrten sich zurzeit ebenso oder z.T. besser ständen als zurzeit der Arbeit, jeder tatsächlichen Grundlage und sind geeignet, die öffentliche Meinung irre zu führen."

Die auf Befehl der Unternehmer gegen die Unterstützungsmassnahmen erfolg-

te Aktion der Deutschen Volkspartei hat sich damit als völlig unbegründet erwiesen. Es ist nicht das erste Mal, dass die Deutsche Volkspartei derartig unbegründete Aktionen in Szene setzt.

SPD. Köln, 1. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die Sozialdemokratische Partei in der oberen Rheinprovinz hat anlässlich der 10 jährigen Besetzungsdauer im Rheinland folgenden Aufruf an die Öffentlichkeit gerichtet:

"Vor 10 Jahren, zu Beginn des Dezembers 1918 besetzten die Truppen der gegen Deutschland Verbündeten die Länder am Rhein. Die Soldaten der Sieger brachten den Bewohnern des besetzten Gebietes nicht die so oft verkündete westeuropäische Freiheit, sondern die politische und wirtschaftliche Abschnürung vom deutschen Mutterlande. Sie brachte ihnen Militärgesetze, Einquartierungslast und verschärften wirtschaftlichen Druck. Das Rheinland wurde Spielball aussenpolitischen Machtwillens, der in dem nie unvergessenen Ruhrkampf mit den darauffolgenden Separatistenwirren den Gipfelpunkt erreichte.

In diesen 10 Jahren hat die Befriedung Europas grosse Fortschritte gemacht. Deutschland ist Mitglied des Völkerbundes, es hat Frankreich durch das Locarnoabkommen alle von ihm verlangten Garantien gegeben und den Kellogg-Bakt. unterzeichnet. Aber noch immer stehen Zehntausende von französischen, englischen und belgischen Soldaten am Rhein. Noch hat für die Bewohner der Rheinlande die Stunde der Befreiung nicht geschlagen. Sie empfinden nachdrücklicher als alle übrigen Deutschen die fernere Aufrechterhaltung der Besatzung als eine Hohn auf alle Friedensvereinbarungen und Friedensworte als eine noch immer offene Wunde am Körper der Verständigungs-idee.

Räumt das Rheinland!

Nehmt eure Truppen zurück!

Niemand ist mehr zu diesem Ruf berechtigt, als die Deutsche Sozialdemokratie, in deren Namen die rheinische Sozialdemokratie spricht. Sie hat zuerst den Versöhnungsgedanken in Deutschland eine Gasse gebahnt. Sie weiss sich eine Stimme mit den Sozialisten aller Länder, die auf zahlreichen Kongressen seit langem die Befreiung des Rheinlandes von fremder Besatzung gefordert haben. Sie ruft heute den Besatzungsmächten zu: "Krönt das Internationale Verständigungswerk durch die Räumung!"

Sie würde wie ein Signal wirken und die Nationalisten und Kriegsfreunde aller Länder ins Herz treffen. Sie ist zugleich die beste Sicherheit, die sie nur als innerlich versöhntes Land anderen Ländern zu geben imstande ist.

Macht ein Ende mit dem militärischen Druck! Diesen Ruf erhebt die Sozialdemokratie im Namen aller friedenswilligen und friedenssehnsüchtigen deutschen Arbeitsmenschen.

SPD. Als Nachfolger des zum Botschafter in Moskau ernannten Ministerialdirektors von Dirksen ist als Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes der bisherige Dirigent dieser Abteilung vortragender Legationsrat Trautmann in Aussicht genommen.

SPD. Wien, 1. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die seit Wochen ausgesperrten Arbeiter der Firma Krause in Wien haben am Sonnabend entgegen dem Vorschlag des Metallarbeiter-Verbandes beschlossen, die Arbeit erst wieder aufzunehmen, wenn eine entscheidende Vereinbarung zustande gekommen ist.

Der Zentralvorstand der Post- und Telegraphenangestellten hat Weisung erteilt, die Obstruktion auch am Montag fortzusetzen.

SPD. Limassol, im November (Eig. Bericht)

Die Bevölkerung Cyperns ohne Unterschied der Nationalität befindet sich in schärfster Opposition gegen die Einführung des von der englischen Regierung geplanten neuen Strafgesetzes. Die Widerstandsbewegung hat ihre Ursache im mittelalterlichen Geist der Vorlage und in der Form, die es unter Umgehung des Parlaments auf dem Wege einer königlichen Verordnung diktieren soll.

Den englischen Behörden ist die Bewegung besonders unangenehm, weil sie der Anschlussforderung Cyperns an Griechenland neue Nahrung gibt. In Limassol wie in anderen grösseren Orten der Insel haben von mehreren tausend Menschen besuchte Protestversammlungen stattgefunden. Auch auf dem Lande fanden zahlreiche Kundgebungen statt., die durch Proteste der Abgeordneten, der Anwalts- und anderer Organisationen unterstützt werden.

Die Situation ist politisch sehr gespannt, weil die Protestbewegung der Irridenta in Cypern neue Anhänger zuführt und weil sie die englische Politik zu einer Neuorientierung zwingt.

SPD. Abg. Scheidemann schreibt uns: Wer sich in dem kommunistischen Kauderwelsch der Ekki, Komintern, Polbüro, UBL, Agitprop. Poltrüb. Tscheka, GPU usw. nicht auskennt, dem sei gesagt, dass Vernakomki heissen soll: "Vernagelte Kommunistenkisten".

Also: In der kommunistischen Presse tobt sich z.Zt. ein Mann, der zurzeit noch nicht gethalmännert ist, und offenbar dem linken Flügel des rechten Zentrums der Unversöhnlichen angehört, gegen mich aus, indem er meine Memoiren kapedistisch zu verwursteln sucht. Der Gedanke, den bolschewistischen Zeitgenossen bei seiner Arbeit stören zu wollen, liegt mir weltenfern. Nur ein heiteres Beispiel will ich anführen. Im November 1918 soll ich den Auftrag gegeben haben, in Kisten, die von Kurieren der Berliner Russischen Botschaft aus Russland zugeführt worden sind, kompromittierende Flugschriften zu üacken, um dadurch die Handhabe zur Ausweisung des gesamten Botschaftspersonals zu erlangen. In meinen Memoiren habe ich ausführlich geschildert, um was es sich damals gehandelt hat; ich kann das an dieser Stelle nicht alles wiederholen.

Die erwähnte Behauptung der Roten Fahne beweist, wie unsagbar niedrig die bolschewistischen Kuriere von ihren Gesinnungsgenossen eingeschätzt werden. Die fremden Gesandtschaften und Botschaften sind exterritorial, niemand darf sie ohne Genehmigung des in Betracht kommenden fremden Diplomaten betreten. Die Kuriere, die absolut zuverlässige Vertrauenspersonen sein müssen, sind ebenso unantastbar, wie die von ihnen mitgeführten Briefe und Mappen, ihr Gepäck und die unter ihrer Obhut sich befindenden versiegelten Kisten. In meinem Auftrage sollen nun die vernagelten russischen Kurierkisten aufgemacht, mit Schriften gefüllt und dann wieder zugenagelt worden sein. Wer so vernagelt ist, derartigen Unsinn zu glauben, muss die russischen Kuriere, die sich eine solche Auf- und Zunagelei hätten gefallen lassen, an Intelligenzmangel noch weit übertreffen.

-Damit kann die Vernakomki zugenagelt werden.

SPD. Eine Notiz über tariffeindliche Einstellung der Leitung des Plauener Gewerkschaftshauses macht zurzeit die Runde durch die bürgerliche Presse. Es wird darin behauptet, die Leitung des Gewerkschaftshauses habe eine Arbeits-

kraft für ein Gehalt von 140 Mark pro Monat engagiert und zugleich darauf aufmerksam gemacht, dass der ortsübliche Tarif nicht in Frage komme. In Wirklichkeit handelt es sich, wie aus einer Mitteilung des Geschäftsführers an den "Vogtländischen Anzeiger" hervorgeht, nur um eine Teilbeschäftigung des betreffenden kaufmännischen Angestellten. "Es wurde", so heisst es in der vom "Vogtländischen Anzeiger" gebrachten Richtigstellung, die Arbeit zuvor von einem Stundenbuchhalter in zwei- bis dreistündiger wöchentlicher Arbeit verrichtet. Nachdem dem Betreffenden sein Arbeitsfeld gezeigt worden war, erklärte derselbe, die Arbeit für monatlich 80 Mark verrichten zu wollen. In Anlehnung an den Tarif wurden ihm jedoch 140 Mark für diese Teilbeschäftigung gewährt. Bei Vollbeschäftigung wurde ihm entsprechend mehr gezahlt."

SPD. Paris, 1. Dez. (Eig. Drahtb.)

Im Strassburger Stadttheater kam es bei einer Aufführung von Wilhelm Tell zu einer spontanen Kundgebung im Publikum. Beim Rütli-Schwur erhoben sich eine ganze Reihe auf den vordersten Bänken sitzender Zuschauer und wiederholten laut die auf der Bühne gesprochenen Worte. Der gleiche Vorgang wiederholte sich bei allen Stellen, in denen zur Eintracht und zum Kampf gegen die Unterdrücker aufgerufen wurde.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag Vormittag 7 Uhr auf Wellt 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 1. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der Reichstag führte in seiner kurzen Sonnabend-Sitzung seine Aussprache über die Anträge der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten zur Reform des Ehescheidungsrechts und des Rechtes der unehelichen Mütter und der unehelichen Kinder fort. Nur der Demokrat Dr. Ehlermann und seine Fraktionskollegin Dr. Lüders setzten sich für die Grundgedanken einer Reform ein. Diese sei zur moralischen Reinigung notwendig. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Hannemann verhöhnte die Anträge in einer Form, die auch von bürgerlichen weiblichen Abgeordneten als verletzend empfunden wurde. Triumphierend stellte er fest, dass mit einer Mehrheit für die sozialdemokratischen und demokratischen Anträge nicht zu rechnen sei. Immerhin wollen auch die Deutschnationalen überlegen, prüfen und erwägen, ob vielleicht eine Aenderung der Ehegesetze in Betracht gezogen werden könnte.

Es ist kennzeichnend, dass für die Frauen der deutschnationalen Fraktion in dieser für die Frau so wichtigen Frage ein Schweigegebot ergangen zu sein scheint. Dafür sprachen gleich zwei Frauen vom Zentrum. Die erste Frau Ministerialrat Weber predigte wacker ins Rote und Blaue. Motto: Wenn niemand die Ehe bricht, braucht man keine Gesetzesreform. Nur immer tapfer an der Wirklichkeit vorbeisehen. Dann beruhigt sich das Gewissen. Vertraut nur auf die altgewohnte Predigt von der christlichen Sittlichkeit, und es wird alles gut werden. Wie weltfremd die Rednerin ist, zeigt ihre Aeusserung, dass die Ehe not eine Sache der Grosstädte sei. Vielleicht lässt sie sich einmal von einem katholischen Seelsorger über die Ehwirren auch in den Kleinstädten und auf dem Lande unterrichten. Die beiden Zentrumsreden zeigten, dass das Zentrum auf seinem unbedingt ablehnenden Standpunkt beharrt. Nur zu einer leichten Verbesserung des Rechtes der unehelichen Mütter und ihrer Kinder erklärte sich Frau Neuhaus bereit, die als zweite Zentrumsrednerin trotz ihrem hohen Alter beinahe fortschrittlich wirkte, verglichen mit Frau Weber. Ganz im Zentrumsgeiste sprach auch der frühere Justizminister der Bayrischen Volkspartei Dr. Emminger. Dröhner spendeten die Bierbässe auf den Bänken des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei Beifall, gefestigt in dem Bewusstsein, dass ihre Sittlichkeit hoch über allen Reformen erhaben ist. Merkwürdig nur, wie die vielen Ehebrüche und höchsten Hundertsätze an unehelichen Kindern in gewissen sehr frommen Gebieten zustande kommen.

Schliesslich wurden sämtliche Anträge dem Rechtsausschuss überwiesen. Dort wird man zum so und sovielten Male den Beratungsstoff durchkauen. Keiner wird den andern überzeugen. Es wird also nicht viel geändert werden. Die unheilvolle verlogene und in jeder Beziehung unsittliche Praxis wird sich weiter auswirken. In der jungen Generation wird die Missachtung der Ehegesetze sich immer weiter ausbreiten. Viel Unglück wird durch die Schuld der jede Reform ablehnenden Vollvertreter geschaffen werden. Die Zerrüttung wird zunehmen, und schliesslich wird auch ein Teil derjenigen Volksvertreter, die jetzt der Wahrheit ausweichen, nachgeben müssen. Das kann aber noch eine Reihe von Jahren dauern.

Die nächste Sitzung am Montag um 15 Uhr wird sich mit den landwirtschaftlichen Interpellationen beschäftigen. Dazu liegen nicht weniger als 100 Anträge vor.

Deutscher Reichstag

23. Sitzung vom 1. Dezember 1928.

SPD. Der Reichstag setzte am Sonnabend die Beratung der Anträge über Frauenrecht, Ehescheidungsreform und Rechtstellung des unehelichen Kindes fort.

Abg. Dr. Ehlermann (Dem): Nicht Erleichterung der Ehescheidung ist nötig, denn die im gegenseitigen Einverständnis die Scheidung wollen, können sie heute schon erreichen, wenn auch durch "schamlose Selbsthilfe". Wir brauchen Verbesserung des Ehescheidungsrechts. Die Aufrechterhaltung des Schuldprinzips ist in ihrer Wirkung höchst unmoralisch. Es handelt sich nicht nur um Ehenot, sondern auch um schwere Rechtsnot. Das Zerrüttungsprinzip muss aufgenommen werden; darüber, wie, hat der Ausschuss zu beraten. In vielen Fällen ist die Zerrüttung vorhanden, ohne nach aussen in Erscheinung zu treten, und in vielen Fällen will man das Eheleben nicht vor Gericht gezogen sehen, und da kommt es zu der verlogenen Justizkomödie. Auch von dem Schablonen-Verbot der Erziehung des Kindes durch den schuldigen Teil muss abgegangen werden; massgebend kann nur das Interesse des Kindes sein. Die Wünsche nach Reform des Ehescheidungsrechts kommen aus tiefster menschlicher und juristischer Gewissensnot. (Lebh. Beifall links).

Abg. Dr. Hannemann (Dnat): Die sozialdemokratischen Anträge haben gar keine Aussicht auf Annahme, wozu werden sie eingebracht? Sowohl für die Ehescheidung wie für die unehelichen Kinder sind Gesetzentwürfe seit 1921 immer wieder versprochen, aber nie eingebracht worden. Wir bestreiten nicht die Notwendigkeit einer Reform, die aber ausserordentlich schwer ist und reiflicher Prüfung und Überlegung bedarf. Wir beantragen deshalb Überweisung aller Anträge an den Rechtsausschuss. Gespannt bin ich, wie die künftige Koalition diese Fragen regeln wird, zumal in ihr die grössten Gegensätze der Auffassung bestehen.

Abg. Frau Weber (Ztr): Den bestehenden Ungerechtigkeiten wollen wir abhelfen, behalten uns aber unsere Stellungnahme vor. Am staatlichen Ehescheidungsrecht sind wir durchaus interessiert, sowohl deshalb, weil eine Trennung von Staat und Kirche bei uns nicht besteht, und dann aus Verantwortlichkeit für unser Volk. Wir sind überzeugt, dass die vorgeschlagene Ehescheidungsreform die Ehescheidungen steigern, die Ehen lockern und die Kameradschaftsehen fördern wird, die wir im Interesse des deutschen Volkes nicht wünschen. (Lebh. Zust. und Zur. rechts.) Gerade die wirtschaftlich schlecht stehenden Schichten haben die wenigsten Scheidungsprozesse. Wirtschaftliche Notstände muss man wirtschaftlich, soziale Nöte sozial bessern, aber nicht Ehescheidungen erleichtern und dadurch die Familie erschüttern. Kulturgesetze darf man nicht nach den Grosstadtverhältnissen allein machen. Die Erleichterung der Ehescheidung ist zu Lasten der Frau, sie wird immer die Verlassene sein; die Tragödien des Kindes: würden durch Erleichterung der Ehescheidung noch gesteigert werden. Wir lehnen eine solche Reform ab. Das Zerrüttungsprinzip ist unnötig, man kann mit dem Schuldprinzip auskommen. Gerade weil die Ehe und die Familiengemeinschaft gefährdet ist, lehnen wir eine solche Reform ab von einer sittlichen Auffassung des Staates aus. (Lebh. Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Else Lüders (Dem): Wir müssen dem Leben Rechnung tragen, nicht seine Entwicklung und seine Erscheinungen zu übersehen oder gar zu bestreiten versuchen. Die verheiratete Frau ist noch weit davon entfernt, eine vollentwickelte Rechtspersönlichkeit zu sein; mit dem Wahlrecht ist es nicht getan. Höchste Zeit ist es, den Verlust der Reichsbürgerschaft solcher Frauen, die Ausländer heiraten oder durch Versailles Ausländer geworden sind, zu verhindern. Das Familienrecht sollte nach schwedischem Muster dahin geregelt werden, dass über Familienangelegenheiten beide Gatten gemeinsam entscheiden. Wir Frauen wollen eine eigene Persönlichkeit sein, dadurch auch, dass wir in der Ehe unseren Namen behalten. Selbst der als schuldiger Teil geschiedene Ehemann kann heute nach dem Gesetz noch verhindern, dass seine gewesene Frau, der

die Kinder zugesprochen worden sind, für ein Kind einen Lehrvertrag schliesst oder mit ihm ins Ausland reist. Auch damit muss Schluss gemacht werden, dass weibliche Beamte ihre Stellung verlieren können, wenn sie heiraten. (Lebhafte Zustimmung links).

Abg. Jörissen (Wirtschaftsp.): Die jetzigen Bestimmungen reichen in der Hauptsache aus, ihre Verbesserung kann versucht werden. Den unehelichen Kindern muss eine Rechtsstellung gegeben werden, die ihnen das Fortkommen im Leben ermöglicht. Das eheliche Güterrecht muss ausgebaut werden. Die Reformen dürfen aber nicht die Ehe lockern und das religiöse und moralische Gefühl des Volkes erschüttern. (Beifall rechts).

Abg. Dr. Emminger (Bayer.Vp): Dieser Generalangriff auf das 4. Buch des BGI wird, wenn er auf einem Gebiet gelingt, auch die anderen in Mitleidenschaft ziehen. Es wäre unmoralisch, das uneheliche Kind dafür büssen zu lassen, dass es nicht ehelich geboren ist. Die Nachteile der ausserehelichen Geburt liegen in Tatsachen begründet, die wir durch die Gesetzgebung nicht völlig aus der Welt schaffen können. Die Rechtsangleichung mit Deutschösterreich muss auch auf diesem Gebiete gefördert werden. Auch der unehelichen Mutter muss geholfen werden, aber Erleichterung der Ehescheidung ist nicht nötig. Die grosse Zahl der Ehescheidungen beweist, dass sie jetzt schon leicht genug ist. Auch der deutsche Gesamt episkopat ist dagegen aufgetreten. Der Redner schliesst sich im übrigen der Sprecherin des Zentrums an. Ein Teil der zerrütteten Ehen hat ihren Grund in der Wohnungsnot. Zu den dauernden Gründen der Ehenot gehört die durch Krieg und Inflation entstandene nervöse Reizbarkeit. Dazu kommt die eingestandene Unfähigkeit, sich beherrschen zu können oder zu wollen. Käme es dahin, die Ehe überhaupt als einen überwundenen Zustand zu bezeichnen, so würde das den Untergang des deutschen Volkes bedeuten. Die sämtlichen Gründe Dr. Kahls haben mich nicht überzeugt. Ehescheidung auf Grund gegenseitigen Einverständnisses hat auch Dr. Kahl abgelehnt, aber die auf Grund objektiver Zerrüttung ist nur eine Etappe auf dem Weg dazu. Um eine Überflutung durch die viel zu viel öffentlich angereizte Sexualität zu bekämpfen, wäre das Niederreißen der Dämme das ungeeignetste Mittel.

Abg. Frau Neuhaus (Zentr.) wiederholt die von ihrer Fraktionskollegin vorgebrachten Argumente, gegen die von der Linken geforderten Reformen.

Abg. Dr. Wendhausen (Chr. Nat. Bauernpartei): Wir stehen auf christlicher Grundlage, sind notwendigen Verbesserungen nicht abgeneigt, lehnen aber eine Erleichterung der Ehescheidung ab, weil das der Heiligkeit der Ehe widerspricht (Zurufe links: Damit noch mehr uneheliche Kinder gezeugt werden!)

Die Anträge gehen an den Rechtsausschuss. Um 3/4 3 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag, 3 Uhr: Interpellationen und Anträge über die Not der Landwirtschaft, einschl. Ausschussbericht über Gefrierfleisch.

Aus aller Welt

Missglückter Wildweststreich.

SPD. Ein aufregender Vorfall spielte sich am Sonnabend in der Depositenkasse der Dresdner Bank in der Frankfurter Allee in Berlin ab. Dort erschien ein Mann von etwa 45 bis 50 Jahren und legte, ohne ein Wort zu sagen, dem Kassierer einen Zettel hin, auf dem die Worte standen: "Zahlen Sie sofort 8 000 Mark. Ich habe drei Handgranaten bei mir und bin gezwungen, zu diesem Mittel zu greifen. Meine Existenz als Handwerksmeister ist vernichtet, meine Frau ist krank und meine Kinder sind verkommen. Falls ich wieder in die Höhe komme, zahle ich den Betrag zurück." Gleichzeitig langte der Unbekannte in die Taschen seines Mantels und machte eine Bewegung, als wolle er Sprengkörper hervorholen.

Der geistesgegenwärtige Kassierer ging zum Schein auf das Verlangen des unheimlichen Fremden ein, machte ein paar Schritte auf den Kassenschrank zu, lief dann aber plötzlich durch einen zweiten Ausgang auf die Strasse, während das übrige Personal hinter Schränken und Pulten Schutz suchte. Als ein sofort herbeigeholter Polizeibeamter in der Bank eintraf, hatte der Verbrecher bereits die Flucht ergriffen. Bisher konnte noch keine Spur von ihm gefunden werden.

+ + +

Ein Grosswindler gefasst. In Paris ist der wegen umfangreicher Scheck-
schwindereien gesuchte Bankier Erich Kraft-Sachs verhaftet worden. Der Verhaftete hat während der Inflationszeit auch in Berlin von sich reden gemacht. Er unterhielt damals mit einem gewissen Wasili Antik unter der Firma Mosse und Sachs Unter den Linden ein Bankgeschäft, das schliesslich pleite machte. Die Gläubiger wurden ihre sämtlichen Einlagen los. Sachs und Antik versuchten dann gemeinsam ihr Heil im Ausland, bis jetzt Kraft-Sachs in Paris das Schicksal erreichte.

+ + +

Der Sturz aus dem Fenster. Die Berliner Kriminalpolizei ist gegenwärtig mit der Aufklärung eines rätselvollen Vorfalles beschäftigt, der sich in einem Hause in der Menzelstrasse in Berlin-Schöneberg abgespielt hat. Kurz nach 2 Uhr nachts hörten Hausbewohner vom Hof aus laute Hilfeschreie. Am Fenster des Badezimmers der im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung des Oberregierungsrats Alfred Detring hing ein junges Mädchen, das verzweifelte Anstrengungen machte, sich wie der hochzuziehen. Bevor die alarmierte Feuerwehr zur Stelle war, war das Mädchen bereits auf das Hofpflaster gefallen, wobei es sich einen doppelten Beinbruch und eine schwere Gehirnerschütterung zuzog. Die Verunglückte, die 21-jährige Helene Brätz aus Berlin-Friedenau, wurde in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus geschafft.

Nach der Darstellung des Oberregierungsrates, eines Jungesellen, soll sich der Vorfall wie folgt abgespielt haben. Detring hatte neben Helene Brätz noch eine andere Dame und einen Bekannten zu einer kleinen Gesellschaft eingeladen. Bei der Unterhaltung wurde reichlich Alkohol getrunken. Als gegen Mitternacht das Bier ausging, habe sich die Brätz erboten, aus dem nächsten Lokal frischen Stoff zu holen. Nach den Aeusserungen ihrer Zechgenossen soll sie schwer angeheitert zurückgekommen und auf die ihr gemachten Vorwürfe wegen ihres langen Ausbleibens ins Badezimmer geeilt sein, wo sie sich dann aus dem Fenster gestürzt habe.

+ + +

Hussmann-Urteil rechtskräftig. Der Essener Oberstaatsanwalt hat die von ihm gegen das Urteil im Hussmann-Prozess eingelegte Revision zurückgezogen. Die Pflegeeltern Hussmanns wollen die Rehabilitierungsversuche mit allen Mitteln fortsetzen.

+ + +
30 Gefangene entwichen. Aus dem Gefängnis in Arad (Ungarn) sind unter Führung eines Verbrechers namens Basilius Laszlo 30 Sträflinge ausgebrochen, Laszlo der wegen seiner guten Führung verschiedene Erleichterungen genoss, hatte seine Kameraden Eisensägen zugesteckt, mit denen diese während der Nacht die Eisenstangen der Gefängnisfenster durchsägten.

+ + +
Der ungetreue Rechtsanwalt. Vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg sollte am Sonnabend der Betrugsprozess gegen den Berliner Rechtsanwalt Alfred von Stranz und die Mitangeklagten Zivilingenieur Mehlig und den Reisenden Gerhard Rabe beginnen. Da der Angeklagte Mehlig nicht erschienen war und ausserdem noch verschiedene Zeugen geladen werden sollen, wurde die Verhandlung trotz Einspruchs des Verteidigers vertagt. Gegen Mehlig ist Haftbefehl erlassen worden. Rechtsanwalt Stranz wird zur Last gelegt, einer Auftraggeberin 8 000 Mark, für die er Goldpfandbriefe kaufen sollte, unterschlagen zu haben; ausserdem werden ihm Zechprellereien und Scheckbetrügereien vorgeworfen.

+ + +
Zuchthaus für einen Heiratsschwindler. Die Königsberger Strafkammer verurteilte den 41 Jahre alten Heiratsschwindler Oskar Müller zu der ausserordentlich hohen Strafe von 8 Jahren Zuchthaus. Der Betrüger war unter dem Namen eine Ritter von Freiburg-Hoheneck aufgetreten und hatte verschiedene seiner Opfer unter der falschen Maske eines Akademikers hereingelegt.

+ + +
600 000 Mark veruntreut. Der Generaldirektor der Oesterreichischen Holzverwertungs G.m.b.H. in Wien, Dworjetz, hat Wechselbetrügereien in Höhe von 30 000 Pfund Sterling begangen und ist geflohen. Die Gesellschaft ist zusammengebrochen; Gründer war der englische Holzindustrielle William.

+ + +
Ein Berliner Luxuslokal verkracht. Das feudal aufgemachte Vergnügungslokal Knesebeck-Palais im Westen Berlins hat seine Pforten schliessen müssen, da das Personal wegen nicht gezahlter Gehälter die Arbeit einstellte und die Elektrizitätsgesellschaft den Strom gesperrt hat. Das Lokal war Anfang November eröffnet worden, ohne dass die Besitzer irgendwelches Betriebskapital hinter sich hatten. Die Konzession lautet auf den Namen eines Grafen Finck von Finckenstein. Geschäftsführer war der Kaufmann Walter Pick. Die gesamte kostspielige Einrichtung des Lokals war im Kreditwege angeschafft worden; die gelieferten Wein- und Sektmengen wurden schliesslich wegen Nichtbezahlung wieder abgeholt. Verschiedene Angestellte hatten grössere Kauttionen gestellt. Gegen die Unternehmer liegt u.a. eine Anzeige wegen Kauttionsschwindels vor.

+ + +
Vom Knecht zum Millionär geworden ist ein in der Nähe von Schleswig beschäftigter Ackerknecht. Er hat vom amerikanischen Konsulat in Hamburg die Mitteilung erhalten, dass ihm ein Verwandter in Amerika sein gesamtes 3,8 Millionen Mark betragendes Vermögen vermacht hat.

+ + +
Die Betrugsaffäre Scherl dürfte sich aller Voraussicht nach auch auf den Anwalt Bruno Scherls erstrecken. Der Stuttgarter Holzindustrielle Müller beschuldigt den Anwalt, sich gegen Zahlung von 5 000 Mark bereit erklärt zu haben einen Arrest gegen seinen eigenen Mandanten zu erwirken; ausserdem soll er die Gläubiger Scherls durch falsche Auskünfte über die Sicherheit der von Bruno Scherl ausgestellten Wechsel getäuscht haben. Bruno Scherl, der sich inzwischen selbst gestellt hat, ist in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

+ + +

Ein schweres Jagdunlück hat sich bei Schaffhausen ereignet. Ein 18 Jähriger, der mit seinem Vater Fuchse jagte, kroch in einen Fuchsbau, der über ihn zusammenstürzte. Trotzdem die Beine des Verschütteten aus dem Erdboden hervorragten, vermochte der Vater den Sohn nicht herauszuziehen. Als die von dem Vater herbeigeholten Helfer zur Stelle waren, war der Sohn bereits erstickt.

+ + +
Eine furchtbare Mordtat ist in Rotterdam verübt worden. Unbekannte Täter schlugen den Leiter der Bürstenfabrik von Dr. Haas junior, den 60 jährigen P.C. Lans, in den Fabrikräumen nieder und schnitten ihrem Opfer die Kehle durch. Die Räuber öffneten dann mit den Schlüsseln des Ermordeten den Geldschrank. Was im einzelnen geraubt ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

+ + +
Ein Dorf vor dem Untergang. Die seit Tagen anhaltenden wolkenbruchartigen Regenfälle über Griechenland haben den am korinthischen Golf gelegenen Ort Temeni völlig unter Wasser gesetzt; an einzelnen Stellen des Ortes hat das Wasser bereits einen Stand von vier Metern erreicht. Eingrosser Teil der Wohnhäuser ist fortgeschwemmt worden, wobei zahlreiche Einwohner ertranken. Die Bevölkerung hat sich jetzt auf die Dächer geflüchtet. Da die Hilfsexpedition infolge des Unwetters nicht an die Ortschaft herankommen kann, befürchtet man das Schlimmste

+ + +
In der Krieganleihe-Affäre ist nach einem mündlichen Haftprüfungstermin beim Landgericht I in Berlin der in Wien verhaftete Kaufmann Salomon Dunkelblum der von Oesterreich ausgeliefert worden war, gegen eine Kaution von 3 000 Mark entlassen worden. Dunkelblum ist an den Krieganleihegeschäften des Berliner Bankiers Kunert beteiligt.

+ + +
Vier Monate strenger Arrest für Loos. Im Wiener Sittenprozess wurde am Sonnabend der Angeklagte Architekt Adolf Loos vom Verbrechen der Schändung und der Unzucht freigesprochen, dagegen der Verführung zur Unzucht für schuldig erklärt und zu vier Monaten strengem Arrest unter Zubilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist verurteilt. Das Urteil wurde in nichtöffentlicher Sitzung verkündet. In der Begründung heisst es, dass das Gericht die Glaubwürdigkeit der von den Kindern erhobenen Beschuldigung, dass an ihnen Schändungen verübt wurden, in Frage gestellt habe. Der Angeklagte habe diese Beschuldigungen energisch zurückgewiesen, andererseits aber gestanden, die Kinder veranlasst zu haben, unzüchtige Stellungen anzunehmen. Er habe dann die Kinder in diesen unzüchtigen Stellungen gezeichnet. Loos sei der Verführung zur Unzucht schuldig, zumal ihm die Aufsicht der ihm zum Modellstehen anvertrauten Kinder übertragen worden war.

+ + +
Er wollte keine Tochter. Ein sonderbarer Kindesmord fand dieser Tage vor dem Kreisgericht der nordwestbulgarischen Stadt Wratza seine Sühne. Im August dieses Jahres hatte die Bäuerin Maria Georgiewa einem kleinen Mädchen das Leben geschenkt. Mit Schrecken dachte sie an die Rückkehr ihres auf dem Felde arbeitenden Mannes, der ihr vor der Geburt oft gedroht hatte, dass es "Kleinholz setzen" würde, falls das neugeborene Kind kein Knabe wäre. Als der eigenartige Vater am Abend heimkehrte und die Hebamme ihm das neugeborene Mädchen entgegenhielt, geriet er in eine furchtbare Wut. Er warf die Hebamme zur Tür hinaus, verprügelte seine Frau und befahl ihr mit drohender Stimme, das Kind sofort zu töten. Während sich der Rabenvater in die Dorfkneipe begab, erstickte die unglückliche Mutter in ihrer seelischen Aufregung das Mädchen. Die Grossmutter verscharrte dann schnell die Leiche auf dem Hofe. Der Mord sprach sich doch bald im Orte herum. Die Bauern versuchten, den unmenschlichen Vater zu lynchen. Das Urteil lautete auf 10 Jahre verschränkten Kerker; die Mutter wurde zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Reichsbahn und Achtstundentag.

Was kostet die Arbeitszeitverkürzung?

SPD. Die Reichsbahngewaltigen sind ehrgeizige Leute. Sie haben sich in den Kopf gesetzt, wo immer und irgendwie sich eine Möglichkeit zum sozialen Rückschritt bietet, an der Spitze der Reaktion zu marschieren. Ihr oberster Grundsatz ist: jede sozialpolitische Verbesserung, die im Reich vorgenommen wird, darf für die Reichsbahn nicht gelten, wohl aber darf jede sozialpolitische Verschlechterung im Reich bei der Reichsbahn sofort Nachahmung finden. Der Kampf gegen den sozialpolitischen Fortschritt ist für die Reichsbahngewaltigen förmlich Herzenssache. Nicht einmal die Unternehmer in Industrie und Handwerk oder die Agrarier haben es mit Vorstößen gegen sozialpolitische Verbesserungsmöglichkeiten so eilig wie die massgebenden Leute der Reichsbahn. So wurde bereits gegen die blasse Möglichkeit der Uebertragung des Arbeitsschutzgesetzes auf die Reichsbahn das Reichsbahngericht angerufen. Eine ganze Reihe solcher Vorstöße lässt sich aufzählen. Der neueste Streich ist die Drohung mit einer neuen Tarifierhöhung, um die Verkürzung der Arbeitszeit der Eisenbahner zu hintertreiben, die sich aus der beabsichtigten Reform der Arbeitszeit der Reichsbeamten als Konsequenz ergibt. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat ein Zahlenungetüm von 250 Millionen Mark Mehrausgaben als Folge der Einführung einer wöchentlich 48stündigen Arbeitszeit auf die Öffentlichkeit losgelassen, um ihr ordentlich Angst einzujagen.

Die Oeffentlichkeit hat bisher jedoch nicht so reagiert, wie es der Verwaltungsrat wünscht. Sie hat die fortwährenden Drohungen der Reichsbahngewaltigen mit Tarifierhöhungen, wenn irgend etwas für die Eisenbahner getan werden soll, schon reichlich satt. So wurde in einem Teil der bürgerlichen Presse zum Ausdruck gebracht, dass es völlig unverständlich sei, warum die Reichsbahngesellschaft das Gespenst einer neuen Tarifierhöhung an die Wand male, "obwohl überhaupt noch nicht feststehe, wie und in welcher Art die kürzere Arbeitszeit bei der Reichsbahn zur Ausführung gelangen wird." In einem Teil der Presse wird an den Reichstag appelliert, sich das gesamte Zahlenmaterial zur Durchprüfung vorlegen zu lassen, da allem Anschein nach die finanzielle Situation der Reichsbahn absichtlich wieder einmal grau in grau geschildert werde. Wir können uns diesem Appell durchaus anschliessen und erwarten, dass Reichstag und Reichsregierung recht bald das gesamte Geschäftsgebaren und die Verwaltungsmethoden der Reichsbahn scharf unter die Lupe nehmen.

Die übertriebenen Behauptungen der Reichsbahngesellschaft müssen im einzelnen nachgeprüft werden. Das, was in der den Reichsbahngewaltigen nahestehenden Presse, z.B. in der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. 561 vom 30. Nov. 1928) von "fachkundiger Seite" über die Mehrbelastung gesagt wird, stimmt sicherlich nicht. Es heisst da, dass die Einführung des Achtstundentages bei der Reichsbahn für neueinzustellende 72 079 Köpfe 267,27 Millionen Mark Mehrbelastung bringe. Die von der DAZ genannten Zahlen, die sicher von der Hauptversammlung stammen, lassen erkennen, dass die Reichsbahngesellschaft mit einer durchschnittlichen Mehrbelastung von 10 % an Personal und persönlichen Ausgaben rechnet, die durch Einführung des Achtstundentages entstehen würde. Nach dem Geschäftsbericht für 1927 wurden im Jahre 1927 für Besoldung, Löhne und Aufwandsentschädigung 1 950 Millionen Mark ausgegeben. In dieser Summe sind auch die Gehälter der oberen Beamten enthalten, nicht aber die Beträge

für Pensionen und Leistungszulagen, die nur an Beamte zur Auszahlung gelangen. Wie die Zahlen der DAZ erkennen lassen, ist man bei der Berechnung des Mehrbedarfs sehr grosszügig vorgegangen. Bei vorsichtigerer Berechnung ist insbesondere im Betriebs- und Verkehrsdienst der Mehrbedarf an Personal bedeutend geringer wie nach der Behauptung der DAZ. Natürlich erfordert eine Verkürzung der Arbeitszeit im Betriebs- und Verkehrsdienst auch eine Personalvermehrung. Der Bericht des Untersuchungsausschusses hat auch ergeben, dass das Personal im allgemeinen voll ausgenutzt ist. Damit ist jedoch noch nicht gesagt, dass nicht durch technisch-organisatorische Verbesserungen und zweckmässigerer Einteilung des Dienstes an vielen Stellen eine Steigerung der Betriebsleistungen ohne Personalvermehrung erzielt werden kann. Nach sorgfältigen Berechnungen ist im Betriebs- und Verkehrsdienst bei Durchführung des Achtstundentages ein Mehrbedarf von höchstens 35 000 Köpfen erforderlich. Dabei sind Ersparnisse durch Rationalisierungsmassnahmen nicht mitgerechnet. Der für den Betrieb und Verkehr sowie die Betriebswerkstätten von der DAZ genannte Mehrbedarf von 58 650 Köpfen ist demnach viel zu hoch gegriffen. In den übrigen Dienstzweigen mögen die Angaben der Verwaltung über Mehrbedarf an Personal annähernd an die Wirklichkeit herankommen. Und wie verhält es sich nun mit dem finanziellen Mehrbedarf von ca. 10 % für die persönlichen Ausgaben? Hier wurde anscheinend die Gesamtsumme der persönlichen Ausgaben zugrunde gelegt und dabei auch für den Mehrbedarf an Arbeitern ein Zuschlag von 40 % für Pensionen, Leistungszulagen, Aufwandsentschädigungen hinzugerechnet. Dieser Zuschlag von 40 % ist aber auch bei den Beamten viel zu hoch gegriffen.

Die "fachkundige Seite" der DAZ muss von der zu tendenziösen Zwecken genannten Summe von 267 Millionen Mark ganz erhebliche Abstriche machen, wenn sie dem wirklichen Mehrbedarf an Personal und persönlichen Ausgaben einigermaßen näherkommen will. Bei sorgfältiger Berechnung wird noch nicht die Hälfte der genannten Summe als Mehrbelastung übrig bleiben. Diese Mehrausgabe ist jedoch angesichts der auch von der Verwaltung anerkannten Leistungssteigerung des Personals und der dadurch erzielten Mehreinnahme durchaus erträglich.

SPD. Das "Protokoll der Verhandlungen des 13. Kongresses der Gewerkschaften in Hamburg" ist soeben im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin S.14, Inselstr. 6a) erschienen. Der Organisationspreis beträgt geb. 4,50 Mark, brosch. 3,75 Mark.

SPD. Der Allgemeine Niederländische Bauarbeiterverband zählte am 1. November rund 17 000 Mitglieder. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1927 15 187. In 10 Monaten ist also ein Gewinn von 2 000 Mitgliedern zu verzeichnen.

SPD. Eine Unterstützung der Ruhrscharfmacher stellt der Jahresbericht der an der Deutschen Gewerkschaft "Sophia-Jacoba" beteiligten Niederländischen Gesellschaft zur Ausbeutung von Steinkohlengruben dar. In diesem Bericht wird von der schweren Kohlenkrise in den Jahren 1927 und 1928 gesprochen und dabei hervorgehoben, dass die Krise in Deutschland noch dadurch verschärft werde, da die Sozialpolitik den gegebenen Möglichkeiten nicht Rechnung trage. Ende 1927 und Anfang 1928 hätten sich die Verhältnisse noch verschlimmert, da der Gesellschaft zwei aufeinanderfolgende Lohnerhöhungen von behördlicher Seite aufgezwungen worden seien, die den direkten Selbstkostenpreis an die Grenze des Gewinns gebracht hätten.

Merkwürdig berührt es, dass trotz der angeblich so fürchterlichen Notlage der Gruben die Zinsen der Obligationsanleihe ausgezahlt werden sollen. Ein Zeichen, dass die Gesellschaft doch nicht so schlecht dasteht, wie sie selbst berichtet,

SPD. Bei preussischen Gemeinden und Gemeindeverbänden sind seit dem am 1. September 1922 erfolgten Inkrafttreten der neuen Anstellungsgrundsätze bis zum 1. Oktober 1928 unter Abweichung von der vorgeschriebenen Reihenfolge 1 641 Dauerangestellte in das Beamtenverhältnis überführt worden. Den Gemeinden ist zur Pflicht gemacht, den Ausgleich im Sinne der Entschliessung des Landtages vom 6. April 1927 vorzunehmen. Dementsprechend sind in dem gleichen Zeitraum insgesamt 679 Versorgungsanwärter mehr eingestellt worden. Der Ausgleich vollzieht sich also verhältnismässig schnell. Die endgültige Regelung der Dauerangestelltenfrage wird bei der Neuregelung des Kommunalbeamtenrechts erfolgen.

SPD, Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat in diesen Tagen in Berlin zur augenblicklichen beamtenpolitischen Lage Stellung genommen. Im Vordergrund der Verhandlungen standen die Laufbahnrichtlinien. Nach Referaten der Vorstandsmitglieder Falkenberg, Dr. Völter und Kunze wurde zur Neuregelung der Laufbahnrichtlinien beschlossen, beim Reichsinnenministerium dafür einzutreten, dass im Sinne der Reichsverfassung der Aufstieg in die mittlere und höhere Beamtenlaufbahn nicht künstlich erschwert wird. In der Dienstzeitfrage der Beamten soll das Reichsinnenministerium ersucht werden, die vom Reichskabinett beschlossenen Richtlinien abzuändern und die 40-stündige Dienstzeit anzuordnen. Die Behauptung des Verwaltungsrates der Reichsbahn, dass die Kürzung der Dienstzeit der Eisenbahner auf 48 Stunden eine Mehrbelastung um mehrere 100 Millionen Mark erfordert, wurde als nicht stichhaltig bezeichnet. Die bisherige Arbeit des geschäftsführenden Vorstandes zur Verbesserung der Rechts- und Besoldungsverhältnisse der Beamten ist vom Bundesausschuss einmütig gebilligt worden.

SPD. Peter Grassmann, der zweite Vorsitzende des ADGB, feierte am Sonnabend sein 25jähriges Dienstjubiläum. Am 1. Dezember 1903 trat er als Gauleiter in den Dienst des Verbandes der Buchdrucker ein. Grassmann ist Münchner von Geburt und organisierte sich schon in jungen Jahren im Buchdruckerverband. Im Jahre 1919 wählte ihn der Nürnberger Gewerkschaftskongress in den Bundesvorstand als stellvertretenden Vorsitzenden neben Legien und Cohen. In den Ausschuss des IGB wurde er auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress, der 1922 in Rom stattfand, delegiert. Grassmann gehört dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat an. Im Reichstag vertritt er seit dem Frühjahr 1924 die Hamburger Arbeiter.

25 Jahre Arbeit, erfolgreiche Arbeit im Dienst der freiorganisierten Arbeiterschaft! Noch solche 25 fruchtbare Jahre! Gesundheit und Glück wünschen wir und mit uns alle freiorganisierten Arbeiter dem erst 55jährigen, restlos tätigen, unermüdlischen Gewerkschaftsführer, dessen Leistungen und menschlich-sympathisches Wesen ihm im Herzen der Arbeiterschaft einen Platz gesichert haben.

Kleingarten im Dezember.

SPD. In diesem Jahr scheinen Winterkälte und Winterschnee reichlich spät kommen zu wollen. So sehr man sich die mildere Witterung auch wünscht, ist sie für den Kleingarten doch nicht ohne unangenehme Begleiterscheinungen. Man sagt pämlich, dass nach einem milden und späten Winter das Ungeziefer im nächsten Jahr am besten gedeiht. Gegen diese Gefahr muss Vorsorge getroffen werden. Man tut das, indem man dem grössten Gartenfreund, den gefiederten Sängern, die Überwinterung so leicht wie möglich macht, z.B. durch Schaffung von schneefreien Futterplätzen. Die Dezembertage kann man auch zur Vernichtung von Raupeneiern und Raupennestern an den Obstbäumen ausnutzen. Wo sich alte Rinde an den Bäumen befindet, ist diese zu entfernen, um dem Heer der Ungeziefer die Schlupfwinkel zu nehmen.

Hauptaufgabe des Kleingärtners im Dezember ist aber das Beschneiden von Obstbäumen und Beerensträuchern. Beim Buschobst beschränkt sich der Schnitt bloss auf das Auslichten; es werden nur solche Zweige entfernt, die sich gegenseitig berühren. Bei Hochstämmen ist der Schnitt zur Erzielung einer tadellosen Krone Bedingung. Man soll peinlich darauf achten, dass nur diejenigen Teile rausgeschnitten werden, die die Krone unregelmässig machen könnten. Wert ist auch vor allem auf die Verhinderung einer falschen Vergabelung zu legen. Erfolgt eine solche, dann muss man im Trieb zurückschneiden. Oft kommt es auch vor, dass sich die Äste zu sehr dem Stamm nähern. Dann sind sie durch Sperrhölzer von diesem abzuhalten; im entgegengesetzten Fall zieht man sie am den Stamm heran. Das Schneiden dient auch der Erzielung eines gutes Fruchtholzes. Darunter versteht man das fingerlange knorrige Holz, von welchem die Zweige von unten bis oben bedeckt werden. Um dieses zu erzielen, müssen die Zweige Jahr für Jahr eingestutzt werden und zwar erfolgt dieses Einstutzen zweckmässig bis auf 4 Augen. Im nächsten Frühjahr treiben diese Augen aus. Haben sie eine Länge von 20 - 25 cm erreicht, dann kneift man die Spitze aus, damit der Trieb kräftig wird. Im nächsten Winter schneidet man wieder bis auf die 2 untersten Triebe zurück und stutzt diese bis auf 3 - 4 Augen. Man soll als Regel beobachten: die starken Triebe werden weggeschnitten, die schwächeren bleiben stehen, denn die schwächeren Triebe entwickeln sich eher zu Fruchtholz. Dieser Schnitt findet vor allem Anwendung bei Formobstbäumen. Beim Zurückschneiden der Leittriebe ist zu empfehlen, dass immer das oberste Auge nach aussen oder nach der Seite gerichtet ist; denn aus ihm soll ein kräftiger Leittrieb hervorgehen, der nicht in die Krone hineinwachsen darf. Der Schnitt muss kurz über dem Auge gemacht werden. Man setzt dabei das Messer dicht über dem Auge an und führt den Schnitt so aus, dass die Schnittfläche fast wagerecht zum Holze steht; man darf vor allem nicht zu schräg, auch nicht zu hoch über und nicht zu niedrig unter dem Auge beginnen. Ganze Äste schneide man auf Astring zurück. Das ist der ringartige Wulst am Grunde jedes Astes.

Auch sonst gibt es während des Dezembers im Garten, in dem die ersten Christrosen in Blüte stehen, Arbeit in Hülle und Fülle. Das eingeschlagene Gemüse ist zu überwachen. Die Obstlager müssen durchgesehen werden, wo sich faulendes Obst befindet, entfernt man es unverzüglich, um Ansteckung zu vermeiden. Kletterrosen, deren Triebe schlecht ausgereift sind, erkalten gegen

Wintersonne und Glatteis eine lockere Reisigdecke, ebenso eine Wurzeldecke aus kurzem Dünger. Bei Barfrost sind alle im Freien überwinterten Pflanzen zuzudecken. Von Ziersträuchern wird Steckholz geschnitten, in nicht zu dicke Bündel gebunden und an geschützter schattiger Stelle im Garten eingeschlagen.

Ein besonderes Kapitel ist das Jauchen der Obstbäume; denn Stalljauche und flüssiger Abtrittsdung sind Dungstoffe, die im allgemeinen für Obstbäume nur bedingungsweise zu verwenden sind. Pro Hektoliter enthalten sie wohl etwas mehr als 200 gr Stickstoff und fast 500 gr Kali. Der Gehalt schwankt aber nach Alter der Jauche und nach dem Aufbewahrungsort. Wird die Jauche in einem Raum aufbewahrt, der durchlässig ist, dann gehen grosse Mengen an Stickstoff und Kali verloren. Bei der Verwendung von Jauche beobachtet man folgendes: Stehen die Obstbäume auf genügend feuchtem, nährstoffreichem Boden, dann soll man möglichst von der Jauchedüngung absehen bezw. den Bäumen nicht allzu spät die Jauche geben; ist der Boden dagegen trocken oder stark kalkhaltig, so steht der Jauchedüngung nichts im Wege. Die Jauche entbehrt jedoch phosphorsäurehaltige Bestandteile. Man erlebt immer wieder, dass sich infolge reichlicher Jauchedüngung einseitige Holzentwicklung und grosses Blattwachstum einstellt, dagegen ergibt sich mangelhafter Fruchtansatz. Reichlich mit Jauche überdüngte Apfelbäume sollen auch stark zu Krebskrankungen neigen. Deshalb ist die Jauchedüngung durch Phosphorsäure zu ergänzen. Man tut das am besten, indem man der Jauche pro 10 Liter 40 - 50 gr Superphosphat zusetzt.

SPD. Die deutschen Agrarier haben nun einmal die Neigung, mit dem faschistischen System in Italien zu sympathisieren. Aus diesem Grunde interessiert wohl eine Darstellung, die Professor Riccardo Bachi über die Durchführung von Landverbesserungen, sogenannten Meliorationen, in Italien gibt. Bachi schreibt darüber folgendes :

"Ein Rundschreiben Mussolinis beauftragt die Präfekten, für nachlässige Grundbesitzer, die sich nicht um die Verbesserung ihres Besitzes kümmern, als Stellvertreter gemäss den Prinzipien einer obligatorischen einheitlichen Melioration zu wirken. Diesem Prinzip entsprechend ist der Präfekt von Rovigo im Falle eines Besitzes vorgegangen, dessen Eigentümer die ordentliche Bestellung vernachlässigt hatte und zwar mit dem Erfolge, dass der Ertrag nur wenig kleiner ausfiel, als er - nach dem Urteil Sachverständiger - von dem Grundstück bestenfalls hätte erzielt werden können. Durch Verordnung des Präfekten wurde die Verwaltung und Bestellung des Grundstückes dem Vorsitzenden des faschistischen Gewerkschaftsbundes der Landwirte dieser Provinz übertragen; die Verwaltung hat im Interesse und auf Rechnung des nachlässigen Eigentümers zu wirken, sie ist ermächtigt, alle zur höheren Produktivität erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, sie ist verpflichtet, Rechnung zu legen, sowie von dem Übernehmer der Betriebsführung die Beträge wieder einzuziehen, welche für die Verwaltung aufzuwenden waren und bei der Berechnung des Reinertrages abzuziehen sind."

Solche nachlässigen Landwirte gibt es nicht nur in Italien. Auch in den deutschen Gauen wimmelt es von solchen Saboteuren der Produktion und es wäre nur angebracht, wenn die deutschen Stellen hier einmal recht energisch durchgreifen würden. Vielleicht ruht die Sympathie deutscher Agrarier auf dieser Erkenntnis. In Deutschland wäre natürlich ein solcher Eingriff des Staates - kalte Sozialisierung und Eingriff in das Privateigentum. Was den deutschen Agrariern nämlich in Italien eine Nachtigall ist, ist ihnen zu Haus eine Uhl.

SPD. Die Landbank A.G., die besonders in der Siedlung im Osten tätig ist, hat für das verfllossene Geschäftsjahr 1927/28 recht günstige Fortschritte zu

verzeichnen. Neu geschaffen wurden 72 Siedlerstellen und zwar vergab die Bank insgesamt 1702 ha an Siedler und Restguts Käufer. Infolge dieser Verkäufe verminderten sich die Buchwerte an Güterbesitz von 4,14 Millionen Mark im Jahre 1926/27 auf 2,79 Millionen Mark. Der Gegenwert, der Posten Hypothekenschuldner, steigerte sich von 6,43 auf 8,24 Millionen Mark.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist 874 691 Mark an Überschüssen auf gegenüber 933 696 im Abschluss 1926/27. Die Verwaltungskosten werden mit 207 000, die Zinsausgaben mit 643 000 und die Wirtschaftskosten der Güter mit 725 000 an gegeben gegenüber insgesamt 933 000 Mark im Vorjahr. Der Ausgleich ist demnach so gut wie völlig hergestellt. Der Verlustvortrag erhöht sich geringfügig um ungefähr 790 Mark auf 1,23 Millionen Mark. Bekanntlich soll hier eine Sanierung durch Kapitalherabsetzung usw. erfolgen. Darüber schwebt aber noch eine Reihe von Verhandlungen bzw. Prozessen.

SPD. Das Stahlwerk Hösch trägt sich mit dem Gedanken, seine Dividende zu ermässigen und zwar kommt wahrscheinlich eine Verringerung von 8 auf 6 bzw. 5 % in Frage. Hösch ist eine der rentabelsten Gesellschaften in Rheinland und Westfalen. Die Dividendenermässigung dürfte kaum dem tatsächlichen Geschäftsverlauf entsprechen, vielmehr ist anzunehmen, dass grosse Teile der Überschüsse in die mit Hösch verbundene Bergwerksgesellschaft Köln-Neuessen wandern. Bei Köln-Neuessen selbst plant man eine Verminderung der Dividende von 9 auf 7 %.

SPD. Von dem guten Geschäftsgang der Cellulose- und Papierindustrie zeugt der Abschluss der Schlesischen Cellulose- und Papierfabriken A.G. Hirschberg-Cunnersdorf. Der Reingewinn erhöhte sich von 460 000 auf 610 000 Mark. Der Rohgewinn wird mit 920 000 gegenüber 790 000 Mark im Vorjahr angegeben. Über die Entwicklung der Unkosten teilt die Verwaltung nichts mit. So kann man nur annehmen, dass die wirklichen Überschüsse viel höher sind als die in der Gewinn- und Verlustrechnung mitgeteilten. Die Verwaltung könnte eine weit höhere Dividende zahlen, glaubt aber, an der vorjährigen Dividende (10%) festhalten zu müssen. Damit gibt sie ein weiteres Beispiel für die Kennzeichnung der gegenwärtigen Dividendenpolitik.

SPD. Uns wird geschrieben: Die Häuteauktionen werden immer mehr und mehr zu reinen Komödien; man kann wirklich nicht mehr von einer Bildung der Preise nach Angebot und Nachfrage sprechen. So wurden z.B. bei der Kirchhainer Schaflederauktion, die in voriger Woche stattfand, sämtliche Lose zurückgezogen, weil die gebotenen Preise nicht befriedigten. Dagegen gab man zahlreiche Lose nach der Auktion privat ab. Dabei sind wahrscheinlich sehr hohe Preise gezahlt worden, über die man aber nichts genaueres erfahren kann. Es fragt sich, ob diese Art von Auktion überhaupt noch einen Zweck hat, und ob es nicht angebracht ist, dass die in Frage kommenden Stellen einmal eingreifen.

SPD. Das Brauhaus Nürnberg schüttet wie im Vorjahr eine Dividende von 12% aus. Der Bierausstoss hat sich gegenüber dem Vorjahr gesteigert; die Steigerung hält auch im neuen Jahr an. Die Einnahmen für Bier allein erhöhten sich von 10,14 Millionen Mark im Jahre 1926/27 auf 11,25 Millionen Mark. Der Reingewinn wird mit 841 000 Mark (1926/27 = 773 000 Mark) angegeben.

Getreidebörse.

(1. Dezember.)

SPD. Am Sonnabend, dem ersten Tage des Monats, wurden bereits grössere Mengen des zur Lieferung im Dezember abgeschlossenen Weizens und Roggens angedient. Während von den Beputachtern fast der gesamte angediente Weizen für kontraktlich erklärt wurde, mussten wegen ungenügender Qualität grössere Teile des angedienten Roggens - man sprach an der Börse von weit mehr als zwei Drittel - für unkontraktlich erklärt werden. Dieser Umstand beeinflusste massgeblich die Tendenz der Börse. Am Markte der Zeitgeschäfte zogen die Notierungen für Roggen um 1 bis 2 Mark an, während Weizen etwas schwächer notiert wurde. Am Locomarkt war zunächst recht lebhaftes Angebot an Roggen zu verzeichnen, das aber zum grössten Teil wieder zurückgezogen wurde, als bekannt wurde, dass grosse Mengen des angedienten Roggens ausfielen. Weizen war und blieb sehr stark angeboten und zwar nicht nur aus der Mark und aus Pommern, sondern nicht minder auch aus Mitteldeutschland. Vom Mehlmarkt erhielt das Getreidegeschäft keinerlei Anregungen. Von den an der Ostsee gelegenen Mühlen wird berichtet, dass diese weiter gutes Exportgeschäft in Roggen haben, wobei sich zumeist Preise erzielen liessen, die über den Berliner Notierungen liegen.

	<u>30. November</u>	<u>1. Dezember</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	208 - 210	208 - 210
Roggen	201 - 204	201 - 204
Braugerste	220 - 235	218 - 235
Futter- und Industrierogerste	200 - 206	198 - 205
Hafer	195 - 203	195 - 203
loco Mais Berlin	217 - 219	218 - 220
Weizenmehl	26,25-29,25	26,25-29,25
Roggenmehl	26,10-28,75	25,90-28,75
Weizenkleie	14,20-14,40	14,20-14,40
Roggenkleie	14,30-14,40	14,30-14,40

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 221 bis 222 $\frac{1}{2}$ (Vortag 221 $\frac{1}{2}$), März 233 - 234 (233 $\frac{1}{2}$), Mai 240 $\frac{1}{2}$ - 241 (240). Roggen Dezember 217 $\frac{1}{4}$ - 217 $\frac{3}{4}$ (216 $\frac{1}{2}$), März 230 $\frac{1}{2}$ (229), Mai 239 - 238 $\frac{1}{2}$ (237). Hafer Dezember - (212) März - (226 $\frac{1}{4}$), Mai 236 $\frac{1}{2}$ plus Brief (236).

SPD. Die Reichsbahngesellschaft hat 2 neue Ausnahmetarife herausgebracht, die dem Wettbewerb gegen den Kraftwagenverkehr dienen sollen. Der eine Tarif (K.70) sieht die Verfrachtung von Farine, Rüben und Kandiszucker von Braunschweig nach Hildesheim vor, der zweite (K.71) den Papierversand von Scheuerfeld nach einer Reihe von Stationen im Siegerland und dem Regierungsbezirk Düsseldorf.

SPD. Die Zahl der Konkurse ging von 685 im Monat Oktober auf 674 im Monat November zurück. Die Vergleichsverfahren verringerten sich von 282 auf 264.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 1. Dezember 1928.

Zwölf Stunden ohne Lüge.

SPD. Manchmal habe ich närrische Einfälle. Das soll ja auch bei anderen Menschen vorkommen. Aber ich habe obendrein die geradezu schlechte Angewohnheit, solche Einfälle auch zu verwirklichen. Und das führt mitunter zu Katastrophen.

So kam mir kürzlich Morgens gegen 9 Uhr das schöne alte Gebot in den Sinn, dass der Mensch nicht lügen sollte, und ich beschloss, einmal zwölf Stunden lang auszuprobieren, welchen Segen die strikte Innehaltung dieser göttlichen Verfügung zeitigen würde.

Gleich darauf brachte mir meine Wirtin Post und Kaffee und fragte wie täglich: "Gut geschlafen?"

Ich wollte schon mein gewohntes: "Ja," danke schön!" antworten. Da fiel mir mein guter Vorsatz ein, und ich erwiderte: "Wenn Sie schon morgens in aller Frühe mit Ihrer alten armen Mutter keifen, dass es durch das ganze Haus schallt, da soll ein Mensch gut schlafen!"

Der Knall, mit dem meine Türe zuflog, war kein gutes Vorzeichen für mein beabsichtigtes Experiment. Dennoch liess ich den Mut nicht sinken.

Gleich vor dem Hause rief mich ein flüchtiger Bekannter an: "Grüss Gott, wie geht's?" Ich hielt ihn am Rockknopfe fest und begann ernsthaft: "Hören Sie mal, erstens: das interessiert Sie doch gar nicht, wie es mir geht. Höchstwahrscheinlich haben Sie sogar meinen Namen nicht einmal behalten. Ich wenigstens kann mich auf Ihren absolut nicht mehr besinnen. Und zweitens: das geht Sie doch gar nichts an. Würden Sie mir etwas geben, wenn es mir schlecht ginge?"

"Mahlzeit!" sagte der also Belehrte und stob eiligst davon.

"Schneidet das Messer?" fragte der Friseur dienstestrig.

"Das müssten Sie doch eigentlich am besten wissen. Ich spüre es nur kratzer

"Schlechte Laune?"

"Im Gegenteil, ganz ausgezeichnet."

"Na, na, Fräulein Braut? ..."

"Geht Sie doch eigentlich einen Dreck an."

"Verzeihung!" murmelte der sonst so Redselige und blieb fürderhin stumm wie das Grab.

Die friedfertigeren der Leute, die ich im weiteren Verlaufe dieses Tages traf, bedauerten meinen beängstigenden Weltschmerz. Die temperamentvolleren riefen mir einige recht unzärtliche Attribute nach.

Lieber Leser, versuchen Sie es einmal, nur das eine Wörtchen "doch!" zu sagen, wenn jemand mit der stereotypen Frage "Ich störe doch nicht?" bei Ihnen eintritt! Und hören Sie sich dann einmal an, was nachher, wenn Sie wieder allein sind, draussen über Sie gesagt wird!

Um aber auch Ihnen gegenüber aufrichtig zu sein, will ich Ihnen nicht verschweigen, dass ich am Abend dieses Tages nicht in dem gleichen Zimmer landete, in dem ich am Morgen zu meinem bedenklichen Entschlusse gekommen war.

"Hast du mich wirklich lieb?" fragte mich Lilo.

"Mein Gott, was ist Liebe? Wissen wir eigentlich überhaupt, ob und wann wir lieben?"

Mit einem Sofakissen bewaffnet, zu allen Gewalttaten fähig, pflanzte sich die schlanke Gestalt vor mir auf.

"Warum bist du denn hier bei mir? Bitte, die Wahrheit!"

"Ich werde die volle Wahrheit sagen."

"Du lügst!"

"Nein, heute ganz bestimmt nicht. Also warum ich bei dir bin? Siehst du, das ist alles so bequem. Man weiss, wohin man gehört. Man kennt sich. Man hat sich gern..."

"Du hintergehst mich!"

"Ausgeschlossen!"

Lilo ging in Angriffsstellung über: "Liebst du mich? Ja oder nein?"

Es schlug 9 Uhr. Die zwölf Stunden waren vorbei. Halleluja!

In der nächsten Viertelstunde habe ich so viel gelogen wie lange in meinem Leben nicht. Und ich sehe durchaus nicht ein, warum der liebe Gott eigentlich das Lügen verboten hat. Es ist nicht nur so schön bequem und einfach; es ist sogar, wenn man als Mensch von Kultur überhaupt mit seinen Mitmenschen auskommen will, unbedingt und dringend erforderlich.

Sagen Sie nur einmal, lieber Leser, eine Woche lang an jedem Tage drei Stunden die reinste Wahrheit, und man wird Sie unter Garantie für den unausstehlichsten, gefühllosesten und gemeinsten Menschen unter der Sonne halten.

Delta.

Merseburger Zaubersprüche.

SPD. Die Merseburger Zaubersprüche stammen aus dem 10. Jahrhundert und gehören mit zu den ersten deutschen Literaturdenkmälern. Sie sind heidnischen Ursprungs und werden im Merseburger Dom aufbewahrt. Der berühmteste Spruch heisst: "Einst liessen sich nieder Idisi, setzten sich hierhin und dorthin, einige bander Fesseln, andre hemmten das Heer, einige machten sich zu schaffen an den Fesseln: entspring den Banden! entfahr den Feinden!" Die Idisi waren heidnische Göttinnen. Wenn sie heute wieder einmal nach Merseburg kämen, so würden sie wohl andre Sprüche dichten, andre Beschwörungen in den Wind flüstern. Aber ihr Hauptspruch bliebe wohl der gleiche, nämlich: "Entspring den Banden! Entfahr den Feinden!"

Von der Elbe bis zur Saale hat sich in den letzten Jahrzehnten eine grosse Industrie angesiedelt. Sie hat das Gesicht der Landschaft verändert. Ihren Ursprung verdankt sie den Bodenschätzen in der Erde, den Braunkohlen, dem Kupfer, dem Salz, dem Kalk, dem Kali. Die chemischen Werke bauten ihre Schlüsselstellung aus. In der Nähe der Kohlen wuchsen grosse Elektrizitätswerke empor. Maschinenbau setzte sich in den Städten und Dörfern fest. Kalischächte senkten sich in die Tiefe. Mitteldeutschland mit der ungekrönten Hauptstadt Leipzig ist ein schwarzes Revier der Arbeit geworden. Das raucht und qualmt, verfinstert den Himmel, reiss kleine Bauerndörfer in das Blickfeld internationaler Wirtschaft und schmettert in die ehemals friedliche Landschaft den klirrenden Alarm der Klassenkämpfe!

Die Kohlen liegen im Geiseltal und werden durch eigne Bahnen herangeholt. Im Geiseltal zeigt sich die tragische Verwandlung der Landschaft durch die Technik. In den armen, verschmutzten Dörfern hat sich Grube an Grube in die Erde gefressen. Gewaltige Halden bauen ihre Schutthügel auf, Brikettfabriken klirren, Kohlenzüge rattern, Schornsteine qualmen. Fusshoch liegt der schwarze Dreck auf den Wegen und Strassen. Die Kohlen verändern die Landschaft, versetzen Strassen und Wege, lassen ganze Dörfer verschwinden. Auch das Leunawerk hat seine Hauptgruben in diesem flachen Tale. Diese Kohlen befeuern nicht nur die mächtigen Heizflächen der Feuerhäuser. Die Braunkohle aus dem Geiseltal verwandelt sich neuerdings in den Kohleverflüssigungsanlagen in Benzol und geht auf den Weltmarkt. Im ersten Jahre der Produktion wurden im Leunawerk 100 000 Tonnen Benzol hergestellt. Im nächsten Jahre sollen 200 000 Tonnen produziert werden.

Das Ammoniakwerk Merseburg, besser bekannt unter dem Namen "Leunawerk", ist eine phantastische Industrieanlage, in der 18 000 Arbeiter beschäftigt sind. Dreizehn über hundert Meter hohe Schornsteine steigen über den Kesselhäusern, Hallen, Eisenkonstruktionen und Kühltürmen auf. Ueber fünf Kilometer erstrecken sich die Anlagen zwischen Eisenbahn und Saale, eine Stadt für sich, eine Welt für sich. Das Werk ist eine Schöpfung des Krieges. Hier wurde das tödliche Phosgen hergestellt, das die Schlachtfelder düngte. Heute müssen andre Felder gedüngt werden. Im Leunawerk werden jetzt für die deutsche Landwirtschaft die künstlichen Düngemittel hergestellt. In der Luft ist Stickstoff. Der wird mit Wasserstoffgas und Wasser gemischt. Das ergibt Ammoniakwasser, einen gesuchten Artikel in der chemischen Industrie. Der Stickstoff im Ammoniakwasser wird durch Kalk gebunden: der schwefelsaure Ammoniak, das Düngemittel, ist fertig. Jährlich werden im Leunawerk zur Herstellung des Düngers über 1000 000 Tonnen Gips gebraucht.

Leuna und Rössen waren kleine Bauerndörfer, bis im Kriege das Ammoniakwerk kam und sich hier festsetzte. Felder und Bauernhöfe wurden aufgekauft. Die Bauern wurden an die polnische Grenze verpflanzt. Neue Siedlungen, kleine neue Städte erstanden aus dem Nichts und liegen nun in den Gaswolken, den Giftschwaden und Aschenregen und verkümmern. Leuna, das ist ein neuer Begriff in Mitteldeutschland geworden, ein Schlagwort, das noch nicht abgeklappert ist, ein Wort, das noch wirklich Kraft hat und auch schlägt. Von Merseburg, von Leipzig, Halle, Zeitz und Weissenfels kommen die Chemieproleten. Sie kommen mit Fahrrädern, mit Autobussen, mit Arbeiterzügen, achtzehntausend Männer, achtzehntausend Zweihänder der chemischen Industrie, ein besonderer Schlag Mensch: der Leunaproletarier.

Die Arbeit ist schwer und gefährlich. Ja, die Löhne liegen etwas über dem Durchschnitt der mitteldeutschen Industrie. Sie müssen wohl auch so liegen, denn die Arbeitsbedingungen liegen unter dem Durchschnitt der anderen Werke. Das Ammoniakwerk hat seine eigene Betriebskrankenkasse und hütet seine Geheimnisse gut. Aber es ist bekannt, dass jeden Morgen viele hundert Arbeiter nach dem Spital gehen, das von den Proleten "Der Sarg" genannt wird. Sechs Aerzte haben immer zu tun. Sie müssen zu tun haben, denn auch die Umgebung leidet unter dem Riesensbetrieb, der mit seinen Gasen und mit seiner Flugasche die Bäume, die Sträucher die Blumen schädigt. Selbst das Metall wird von den Giftgasen angegriffen. Die Vögel sind schon lange geflohen. Nur der Mensch kann nicht fliehen. Das ist keine poetische Umschreibung: in Merseburg hat sich ein "Verein der durch die Leunawerke Geschädigten" gebildet.

Der Leunaprolet hat keinen besonderen Verein. Er hat die Partei, die Gewerkschaft. Der mitteldeutsche Aufstand hat bis heute seine Spuren hinterlassen. Wohl sind die "Gelben" bei der letzten Betriebsratswahl entscheidend geschlagen worden, und die beiden Arbeiterparteien teilen sich in die Führung. Aber immer noch herrschen in Leuna die Werkpolizei und das Spitzelunwesen. Die Kontrolle erniedrigt den Arbeiter zum Heloten. Jeder Arbeiter hat einen Ausweis und darf das Fabriktor nur einzeln passieren. Jeder fünfte oder zehnte Mann wird herausgegriffen, muss in eine besondere Kabine gehen, muss die Hände hochheben und sich abtasten lassen. Er muss sich auch auf Verlangen ausziehen. Selbst nach dem Arbeitsschluss geht der Weg durch den Drahtverhau der erbärmlichen Kontrolle. Als ob die Arbeit in der Giftbude nicht schon Strafe genug wäre.

Das Werk gehört zu dem grössten chemischen Trust der Welt, zur J.G. Farbenindustriewerke A.=G. Im letzten Jahre hatte dieser Mammutkonzern über hundert Millionen Mark Reingewinn. Und wie wird das Geld verdient? Durch die Arbeiter und durch eine irrsinnige Preispolitik. Die Herstellung eines Kilos Salvarsan in einem Schwesterbetriebe kostet die J.G. rund 100 Mark. Das Salvarsan wird aber den Apothekern für 8 000 Mk. pro Kilo verkauft, unter der Bedingung, dass der Apotheker 16 000 Mk. dafür verlangt ...

Jeden Abend werden im Ammoniakwerk Merseburg die giftigen Gase verbrannt. Dann züngeln über den Anlagen die sogenannten "Leunafackeln". Wann endlich wird der Staat in diese Giftbude hineinleuchten, in die Dunkelkammern der Ausbeutung und Preispolitik, und den Herren von der J.G. eine Fackel anzünden?

Max Barthel.

SPD. Die Historie vom Doktor Eisenbart. Niemand unter den deutschen Dichtern unserer jüngeren Generation dürfte in höherem Grade zur literarischen Neuschöpfung von Leben, Taten und Persönlichkeit des Doktor Eisenbart berufen sein als Josef Winckler, der Verfasser des erfolgreichen Schelmenromans "Der tolle Bomberg". Diese Annahme bestätigte der Dichter selbst in diesen Tagen in einer Vorlesung im Berliner ehemaligen Herrenhaus, in der er uns mit vier Abschnitten aus seinem neuen Buche "Doktor Eisenbart" bekanntmacht. Wir erlebten hier, wie Eisenbart einen Bakkalareus in seine medizinische Praxis einführt, wie er die Fuggerin in Augsburg von einem Hörleiden befreit, wie er auf einem Markte ein krankes Bauernmädchen mit einer Pistole gesund schießt, und schliesslich - eine ungemein packend gestaltete Traumvision - wie er Ahasver, den Ewigen Juden, von seinem unstillbaren Wandertriebe zu befreien sucht. Humor, Anschaulichkeit und derbe Lebendigkeit der Darstellung kommen hier in gleicher Masse zur Geltung, wie in dem früheren Werke, das Wincklers Namen zuerst bekanntgemacht hat. Nicht allein die Charakterisierung Eisenbarts, sondern auch das kulturgeschichtliche Bild seines Zeitalters scheint sehr echt getroffen zu sein. In der Ahasver-Episode offenbart sich Winckler als ein Erzähler von starkem dramatischem Temperament. Nach diesen Proben zu urteilen, dürfte auch der "Doktor Eisenbart" als ein wirkliches modernes deutsches Volksbuch anzusprechen zu sein. Bz.

SPD. Helfer oder Geschäftsmann ? Der Aerzterein des Kreises Schlochau hat beschlossen, dass Schuldner, die ihre Aerzterechnung trotz wiederholter Aufforderung nicht bezahlen, auf eine beim Vorstand des Aerztereins geführte schwarze Liste gesetzt werden. Die Mitglieder des Aerztereins sind verpflichtet, derartige Schuldner - auch in dringenden Fällen - solange nicht zu behandeln, bis sie ihre Schuld bezahlt haben. Dieser Beschluss ist sicher ein Beweis für den harten Kampf, den viele Aerzte um ihre Existenz zu führen haben. Er zeigt aber auch erschreckend deutlich, dass die Aerzteschaft des Kreises Schlochau den sozialen Problemen unserer Zeit verständnislos gegenübersteht. In Fällen wirklicher Not sollte doch die Aerzteschaft versuchen, die öffentlichen Wohlfahrtsstellen für die Betroffenen zu interessieren. Bei böswilligen Schuldnern finden sich immer Mittel und Wege, sie zum Zahlen zu zwingen, die jeder Geschäftsmann ebenfalls anwenden muss. Aber der Arzt soll schliesslich nicht ganz vergessen, dass sein Beruf mehr ist als nur ein Mittel zum Gelderwerb, und sich bemühen, ein Helfer der Menschheit - nicht nur des gut zahlenden Teils davon - zu bleiben.

SPD. Ein interessanter Autographenstreit. Im Hotel Drouot, dem berühmten Pariser Kunstauktionshaus, hat der französische Autographensammler und Verleger Simon Kra einige Autographen zum Kauf angeboten, unter denen sich auch fünf Briefe von Romain Rolland befanden, die der Dichter vor dem Kriege an einen befreundeten Schriftsteller geschrieben hat. Rolland hat nun, wie die "Literarische Welt" mitteilt, eine einstweilige Verfügung gegen die Versteigerung seiner Briefe veranlasst. Zugleich hat er Simon Kra auf Herausgabe der Schriftstücke verklagt und einen Schadensersatz in Höhe von 20 000 Franken verlangt. Der Ausgang dieses Streites wird in Paris mit grossem Interesse verfolgt, weil er eine grundsätzliche Entscheidung in dem schon seit langer Zeit tobenden Kampfe zwischen Autoren, Sammlern und Autographenhändlern herbeiführen dürfte. Für alle Fälle haben sich bereits mehrere Schriftsteller entschlossen, in Zukunft nur noch mit der Maschine zu schreiben, um sich nicht mehr der Gefahr auszusetzen, dass ihre persönlichsten und intimsten schriftlichen Äusserungen an unberufene Personen verschachert werden.
